

Gesetz

Inkrafttreten:

vom 11. Oktober 2017

**zur Änderung des Gesetzes über die Erbschafts-
und Schenkungssteuer**

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

nach Einsicht in die Botschaft 2015-DFIN-30 des Staatsrats vom 22. August 2017;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

Art. 1

Das Gesetz vom 14. September 2007 über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (SGF 635.2.1) wird wie folgt geändert:

Art. 27

Aufgehoben

Art. 28 Artikelüberschrift

Staatsrat

Art. 29 Direktion

¹ Die für die Erbschafts- und Schenkungssteuern zuständige Direktion¹⁾ (die Direktion) sorgt für den einheitlichen Vollzug dieses Gesetzes. Sie erteilt den mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragten Verwaltungsorganen die nötigen Weisungen und kann Kontrollen durchführen.

² Sie entscheidet über den Erlass der Steuern in den Fällen nach Artikel 56 sowie über die Steuererleichterungen in den Fällen nach Artikel 9.

¹⁾ Heute: Finanzdirektion.

Art. 30 Amt

¹ Das für die Erbschafts- und Schenkungssteuer zuständige Amt ¹⁾ (das Amt) ist Veranlagungs- und Nachsteuerbehörde für die Steuer und die Zusatzabgabe.

² Es entscheidet:

- a) über die Einsprachen in den von diesem Gesetz vorgesehenen Fällen;
- b) über die Befreiung von der Steuerpflicht in den Fällen nach Artikel 8;
- c) über die Rückerstattungsgesuche.

³ Es verfügt die in diesem Gesetz für Übertretungen vorgesehenen Busse und zeigt der ordentlichen Strafrichterin oder dem ordentlichen Strafrichter die Vergehen nach Artikel 68 Abs. 1 an.

⁴ Es zieht die Steuer, die Zusatzabgabe, die Verzugszinsen und die Busse ein und führt darüber Buch.

⁵ Es erhebt für den Staat eine Inkassoprovision, die auf dem Betrag der geschuldeten Zusatzabgabe zu einem vom Staatsrat festgesetzten Satz berechnet wird.

⁶ Es ist für die Gewährung einer Stundung oder die Bewilligung von Ratenzahlungen sowie die Grundbuchanmeldung des gesetzlichen Grundpfands zuständig.

¹⁾ Heute: Kantonale Steuerverwaltung.

Art. 31

Aufgehoben

Art. 37 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 40

Aufgehoben

Art. 41 Abs. 1 und 2

¹ Den Ausdruck «bei der Direktion» durch «beim Amt» ersetzen.

² Den Ausdruck «Artikel 8 Abs. 2 Bst. a–c» durch «Artikel 8» ersetzen.

Art. 50 Abs. 1

Den Ausdruck «an den mit dem Inkasso beauftragten Dienst» durch «an das Amt» ersetzen.

Art. 51 Abs. 1

Den Ausdruck «der mit dem Inkasso beauftragte Dienst» durch «das Amt» ersetzen.

Art. 54 Abs. 1

¹ Ist die fristgerechte Bezahlung der Steuer, der Zusatzabgabe oder der Busse für die Schuldnerin oder den Schuldner mit einer besonderen Härte verbunden, so kann das Amt auf begründetes Gesuch hin eine Stundung oder Ratenzahlungen gewähren. Die Verzugszinsen bleiben geschuldet.

Art. 67

¹ *Den Ausdruck «Die Direktion» durch «Das Amt» ersetzen.*

² *Den Ausdruck «Sie» durch «Es» ersetzen.*

³ *Den Ausdruck «Sie» durch «Es» ersetzen.*

Art. 69 Abs. 1

Betrifft nur den französischen Text.

Art. 2

¹ Die Direktion entscheidet weiterhin über Einsprachen und Gesuche um Befreiung von der Steuerpflicht, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereicht wurden.

² Sie leitet auch weiterhin Strafverfahren, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffnet wurden.

Art. 3

¹ Der Staatsrat bestimmt das Inkrafttreten dieses Gesetzes.

² Dieses Gesetz untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.

Der Präsident:
B. BOSCHUNG

Die Generalsekretärin:
M. HAYOZ